

Forschungsergebnisse

Studienabbrecher sind weniger zufrieden

Nachgefragt

Wie erfolgreich ist die Corona-Warn-App?

Standpunkt

Klimaziele: Auf das Wie kommt es an

Bei den Privatisierungen ostdeutscher Unternehmen durch die Treuhand fand eine Umverteilung von Ost nach West statt.

Foto: © Ilja C. Hendel für BMF

Treuhandanstalt verkaufte produktive Firmen vor allem an westdeutsche Investoren

Bei der Privatisierung von ostdeutschen Unternehmen im Rahmen der deutschen Wiedervereinigung im Jahr 1990 verkaufte die Treuhandanstalt produktivere Firmen häufiger und rascher als weniger produktive Betriebe und bekam dafür mehr Geld, wie ein gemeinsames Forscherteam von ifo-Institut, ZEW Mannheim und Universität Brüssel in einer aktuellen Studie analysiert. Gleichzeitig übergab die Treuhand solche Unternehmen mit höherer Wahrscheinlichkeit an westdeutsche Investoren. Gerade produktive DDR-Firmen verblieben seltener in ostdeutschem Eigentum.

Auch 30 Jahre nach der Wiedervereinigung bleibt die Verwaltung und Privatisierung der ehemaligen DDR-Staatsunternehmen durch die Treuhandanstalt, kurz „Treuhand“, umstritten. Die Studie liefert eine ausführliche empirische Bestandsaufnahme des Privatisierungsprozesses und seiner wirtschaftlichen Fol-

gen. Zum ersten Mal wird die Privatisierungsaufgabe der Treuhandanstalt dabei in ihrer Gesamtheit analysiert und auf Grundlage ihres Mandats zur Privatisierung wettbewerbsfähiger Unternehmen untersucht. Die Wissenschaftler zeigen, welche Unternehmen verkauft wurden, welche Preise für diese Unternehmen erzielt wurden, wer sie erwarb und was im Hinblick auf ihr Überleben aus den Unternehmen geworden ist.

Als die Treuhand ihre Haupttätigkeit im Jahr 1995 abschloss, befanden sich rund 51 Prozent der Unternehmen, 64 Prozent der Umsätze und 68 Prozent der Arbeitsplätze aus den ehemaligen DDR-Staatsunternehmen, die die Wissenschaftler in ihrer Unternehmensstichprobe analysierten, mehrheitlich in westdeutscher Hand. Dabei galt in der Regel: Je produktiver die Unternehmen waren, desto höher lag der Anteil von Westdeutschen unter den Eignern.

Die Wissenschaftler bieten in ihrer Studie die folgende Erklärung: Westdeutsche Investoren verfügten zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung im Durchschnitt über einen besseren Zugang zu Finanzkapital, und sie waren erfahrener in der Führung marktwirtschaftlich orientierter Unternehmen. Darüber hinaus waren sie im Verhältnis zu Investoren aus dem Osten Deutschlands wahrscheinlich auch wirtschaftlich und politisch besser vernetzt. Auch wenn westdeutsche Investoren im Rahmen der von der Treuhand gesetzten Kriterien damit möglicherweise besser als zukünftige Unternehmenseigentümer geeignet waren, ist die Umverteilung von Firmenbesitz von Ost nach West als Folge der Treuhandprivatisierungen festzuhalten.

Produktive Unternehmen noch lange wirtschaftlich aktiv

Die Wissenschaftler betrachteten auch die Vorwürfe, die Treuhand habe produktive Unternehmen voreilig geschlossen, anstatt sie zu retten. So gab es seinerzeit durchaus Schließungen von produktiven Firmen. Jedoch zeigen die Ergebnisse der Studie, dass produktivere Unternehmen seltener geschlossen wurden. Unter den am wenigsten produktiven Firmen hat die Treuhand weniger als 40 Prozent privatisiert. Unter den produktivsten lag dieser Anteil bei mehr als 70 Prozent.

Kernaufgabe der Treuhandanstalt war es, für die zur Privatisierung identifizierten Unternehmen private Kaufinteressenten zu finden und nach entsprechenden Verhandlungen Privatisierungsverträge zu schließen. In den Kaufverhandlungen verhandelten die potenziellen Investoren und die Treuhandanstalt neben einem Verkaufspreis typischerweise auch über Investitions- und Arbeitsplatzzusagen. Statistische Analysen der erzielten Verhandlungsergebnisse in Verbindung mit der anfänglichen Arbeitsproduktivität der Unternehmen zeigen, dass die Treuhandanstalt durchschnittlich für produktivere Unternehmen auch höhere Preise, Beschäftigungs- und Investitionszusagen erreichen konnte. Auf Grundlage der verfügbaren Daten lässt sich allerdings nicht ermitteln, dass die Treuhand in den Ver-

handlungen mit potenziellen Investoren das für die öffentliche Hand bestmögliche Ergebnis erzielt hat.

Wie die Studie zeigt, hatten Unternehmen mit höherer Produktivität am Anfang auch eine höhere Wahrscheinlichkeit, 20 Jahre nach der Privatisierung noch wirtschaftlich aktiv zu sein. Und während es anfangs nur einen schwachen Zusammenhang zwischen westdeutschem Eigentum und Fortbestand eines privatisierten Unternehmens gab, zeigt sich für längere Zeithorizonte von 15 und 20 Jahren nach der Privatisierung ein signifikant positiver Zusammenhang zwischen dem Überleben eines Unternehmens und westdeutschem Eigentum.

Grundlage der empirischen Auswertung der Unternehmensprivatisierungen durch die Treuhandanstalt bildet ein neu erschlossener Datensatz. Um die Entwicklung der betroffenen Unternehmen im Privatisierungsprozess und in der Folgezeit betrachten zu können, kombinieren die Wissenschaftler Informationen aus den internen Abläufen der Treuhand mit anonymisierten Befragungsdaten, Vertragsdaten und Eigentumsdaten. Die Treuhand-internen Daten stammen aus dem Bundesarchiv sowie von der Nachfolgeorganisation der Treuhand, der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben. Befragungsdaten wurden ab 1991 vom SÖSTRA Institut in Berlin erhoben, Die Eigentumsangaben basieren auf den Daten des am ZEW Mannheim geführten Mannheimer Unternehmenspanels (MUP) und Vertragsdaten stellte Professor Harald Hau zur Verfügung.

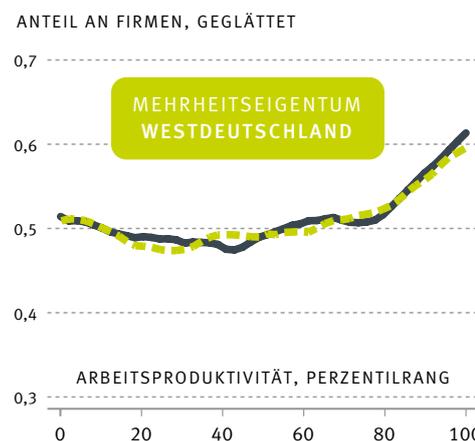
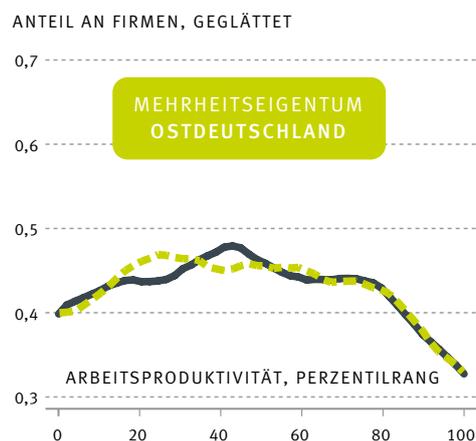
Die Aussagen beruhen auf statistischen Auswertungen. Sie beschreiben Tendenzen im Durchschnitt über alle Firmen. Eine Aussage über Privatisierungsentscheidungen von Einzelfirmen ist damit nicht möglich. Die Daten verfolgen Eigentümerschaften nur bis zum zweiten Grad. Eigentümerschaften sind nach Mehrheitsanteilen klassifiziert, Minderheitenpositionen sind darin nicht berücksichtigt. Die „kleinen Privatisierungen“ von Geschäften, Restaurants und Hotels, die größtenteils von Ostdeutschen erworben wurden, sind nicht den Daten enthalten.

Die Studie zum Download unter:

www.zew.de/PU81928

Moritz Lubczyk, moritz.lubczyk@zew.de

ARBEITSPRODUKTIVITÄT UND FIRMENEIGENTUM NACH PRIVATISIERUNG (1995)



■ Umsatz pro Beschäftigte
■ Umsatz pro Arbeitsstunde

Anmerkungen: Die linke Grafik zeigt den Anteil der privatisierten Firmen mit mehrheitlich in Ostdeutschland ansässigen Eigentümern 1995 in Abhängigkeit von Maßen der Arbeitsproduktivität. Die rechte Grafik zeigt den Anteil der privatisierten Firmen mit mehrheitlich in Westdeutschland ansässigen Eigentümern 1995. Perzentilränge gliedern Firmen entsprechend ihrer Produktivität in 100 gleich große Gruppen, wobei der Rang 100 die Gruppe der produktivsten Firmen kennzeichnet. Nicht abgebildet sind Firmen in mehrheitlich internationalem Eigentum (ca. 5,6%), N=2.524.

Studienabbrecher sind weniger zufrieden

Viele Studentinnen und Studenten beenden ihr Studium ohne einen Abschluss. Wie wirkt sich solch ein Studienabbruch auf die fiskalische und auf die individuelle Bildungsrendite aus, und wie auf die allgemeine Zufriedenheit im Leben einer Person? Diesen Fragen geht eine aktuelle ZEW-Analyse nach.

Jedes Jahr brechen 27 von 100 Studierenden ihr Bachelorstudium ab, und 17 von 100 ihr Masterstudium. Das sind bezogen auf den Studienjahrgang 2018/19 bis zu 138.000 Studierende, die die Hochschulen ohne Abschluss verlassen. Eine aktuelle ZEW-Studie untersucht Ursachen und ökonomische Konsequenzen von Studierenerfolg und Studienabbruch. Sie befasst sich mit drei Aspekten des Themas:

- Brechen Studierende, die nicht von Anfang an ihr Wunschfach studieren können, öfter ihr Studium ab?
- Was sind die mittel- bis langfristigen Folgen – sowohl für die Studierenden als auch für den Staat – eines Studiums ohne Abschluss, verglichen mit keinem Studium und einem Studium mit Abschluss?
- Wie sind die fiskalischen Bildungsrenditen eines Studiums mit und ohne Abschluss?

Für das erste Teilprojekt wurde eine Stichprobe aus der Studierendenkohorte des Nationalen Bildungspanels analysiert. Von den Studierenden waren 63 Prozent in ihrem Wunschfach eingeschrieben. Das Studium des Wunschfachs beeinflusst die Entscheidung, das Studium zu wechseln oder abzubrechen, erheblich. So wechseln knapp 24 Prozent der Studierenden, die nicht zum Wunschfach zugelassen werden, das Studienfach, hingegen lediglich zehn Prozent derjenigen, die ihr Wunschfach studieren. Schließlich beenden 4,5 Prozent der Studierenden mit Wunschfach, aber 5,8 Prozent der Studierenden ohne Wunschfach ihr Studium ohne Abschluss.

Im zweiten Teilprojekt wurden Erwerbstätige mit Hochschulzugangsberechtigung im Alter von 25 bis 65 Jahren untersucht. Hierbei handelt es sich um eine Stichprobe aus dem Sozio-ökonomischen Panel (SOEP). Ein Studium abzuschließen, lohnt sich nicht nur in finanzieller Hinsicht: Der Bruttostundenlohn von Erwerbstätigen mit Studienabschluss liegt etwa 35 Prozent über dem der Studienabbrecher/innen und über dem von Personen, die nie studiert haben. Auch ist bei Akademikern das Berufsprestige mit Abstand am höchsten – allerdings haben auch Studienabbrecher/innen ein signifikant höheres Berufsprestige als Personen, die nie studiert haben. Interessant ist, dass die allgemeine Lebenszufriedenheit von Erwerbstätigen, die ein Studium abgebrochen haben, signifikant niedriger ist als die von Personen, die nie studiert haben. Die Lebenszufriedenheit von Akademikern wiederum liegt signifikant darüber.

restige mit Abstand am höchsten – allerdings haben auch Studienabbrecher/innen ein signifikant höheres Berufsprestige als Personen, die nie studiert haben. Interessant ist, dass die allgemeine Lebenszufriedenheit von Erwerbstätigen, die ein Studium abgebrochen haben, signifikant niedriger ist als die von Personen, die nie studiert haben. Die Lebenszufriedenheit von Akademikern wiederum liegt signifikant darüber.

Negative Bildungsrenditen bei Studienabbruch

Das dritte Teilprojekt zeigt, dass sich die individuellen und fiskalischen Bildungsrenditen für einen Studienabbruch deutlich von denen für ein abgeschlossenes Studium unterscheiden. So betragen die Renditen für ein erfolgreich abgeschlossenes Studium im Schnitt 14,2 Prozent bei den Bruttolöhnen, 7,4 Prozent bei den verfügbaren Haushaltseinkommen und 6,6 Prozent beim fiskalischen Beitrag. Ein Studienabbruch hingegen ist mit negativen Renditen verbunden: So sind die Bruttolöhne 0,5 Prozent und das verfügbare Haushaltseinkommen und der fiskalische Beitrag jeweils 5,9 Prozent niedriger als bei Personen, die nie studiert haben. Insgesamt kann bei Studienabbruch also nicht mit positiven Verdiensteffekten gerechnet werden. Daher übersteigen auch aus Sicht der öffentlichen Haushalte die Kosten, die mit einem nicht beendeten Studium zusammenhängen, den über die folgenden 40 Jahre Berufsleben zu erwartenden Ertrag. Aus den Studieergebnissen können Empfehlungen für die Politik abgeleitet werden. Da das Studieren des Wunschfachs eine so große Rolle dabei spielt, ob ein Studium beendet wird, sollte es möglichst vielen Studierenden etwa durch finanzielle Unterstützung ermöglicht werden, ihr Wunschfach zu studieren.

Weiterhin erscheint es vielversprechend, direkt bei der Gruppe der Studierenden anzusetzen, die mit einiger Wahrscheinlichkeit ihr Studium abbrechen würden. So kann man diese Personen gezielt bis zu ihrem Abschluss fördern. Auch sollten bereits Schülerinnen und Schülern attraktive Alternativen zum Studium aufgezeigt werden, damit möglichst wenige Personen, die die Hochschule ohne Abschluss verlassen würden, überhaupt ein Studium aufnehmen. Würde es so gelingen, die Abbruchquote zu senken, sänen auch die fiskalischen Kosten.

PD Dr. Friedhelm Pfeiffer, friedhelm.pfeiffer@zew.de

INHALT

Treuhandanstalt verkaufte produktive Firmen vor allem an westdeutsche Investoren.	1
Studienabbrecher sind weniger zufrieden.	3
Krise gefährdet kommunale Investitionen.	4
Schwerpunkt M&A-Report.	7
Schulschließungen gefährden den Gleichheitsanspruch der Bildungspolitik.	8

Nachgefragt: Wie erfolgreich ist die deutsche Corona-Warn-App gestartet?	9
ZEW intern	10
Daten und Fakten, Termine.	11
Standpunkt	12



Aufgrund der Corona-Pandemie stehen den kommunalen Haushalten drastische Ausgabenkürzungen bevor.

Foto: © iStockphoto.com/Let pictures tell the Story

Krise gefährdet kommunale Investitionen

Die Corona-Pandemie verschlechtert dramatisch die Finanzlage der Kommunen in Deutschland und bedroht ihre Investitionsfähigkeit. Nur wenn Bund und Länder die Kommunen auch über 2020 hinaus in Milliardenhöhe unterstützen, können diese zur Stabilisierung der Konjunktur beitragen. Ohne weitere Hilfen wird es hingegen vielen Kommunen unmöglich sein, notwendige Investitionen zu tätigen und den bestehenden Investitionsstau abzubauen. Zu diesen Ergebnissen kommt eine gemeinsame Studie des ZEW Mannheim und des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) im Auftrag des Deutschen Städtetages.

Infolge der Corona-Pandemie und des daraus resultierenden wirtschaftlichen Abschwungs drohen mehr Firmeninsolvenzen. Die Folgen sorgen für erhebliche Einnahmerückgänge der Kommunen im Jahr 2020 und in den Folgejahren. Gleichzeitig werden die Sozialausgaben der Kommunen steigen.

Wie stark Kommunen von der Krise betroffen sind, ist regional sehr unterschiedlich und hängt davon ab, inwieweit Krisenbranchen wie Gastronomie, Unterhaltung, Tourismus und Einzelhandel am Ort beheimatet sind. Hier sind vor allem Kommunen in Bayern, Rheinland-Pfalz, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und dem Saarland betroffen.

Krisenanfällige Kommunen haben es besonders schwer

Auch das Potenzial der Kommunen, den wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise zu begegnen, ist sehr unterschiedlich. Wo der Verschuldungsgrad, die strukturelle Arbeitslosigkeit und das Zahlungsausfallrisiko ansässiger Unternehmen hoch sind, sinkt die Widerstandsfähigkeit. Das gilt vor allem für Kommunen in Nordrhein-Westfalen, aber auch vereinzelt in Rheinland-Pfalz, Hessen und Brandenburg. Kommunen, die bereits vor der Corona-Pandemie ökonomisch wenig widerstandsfähig waren und nun sehr krisenanfällig sind, werden es laut Studie besonders schwer haben, die Krisenfolgen zu bewältigen und notwendige Investitionen zu tätigen.

Aufgrund der aktuellen Unsicherheit über den Umfang von Einnahmenverlusten und entsprechenden Kompensationen durch Bund und Länder in den Jahren 2021 und 2022 steigt die Wahrscheinlichkeit, dass in den kommunalen Haushalten drastisch gekürzt werden muss. Ohne weitere, gezielte Hilfsmaßnah-

men wird es gerade besonders krisenanfälligen Kommunen schwerfallen, notwendige und auch konjunkturpolitisch sinnvolle Investitionen zu tätigen. Bereits bestehende regionale Ungleichheiten werden sich mittelfristig weiter verschärfen.

Regional wirkende Begleitmaßnahmen notwendig

Da die Kommunen regional unterschiedlich betroffen und unterschiedlich widerstandsfähig sind, werden auch regional wirkende Begleitmaßnahmen erforderlich sein, um die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise möglichst passgenau zu dämpfen. Bund und Länder müssen dabei sicherstellen, dass der von den Kommunen gerade begonnene Abbau des Investitionsstaus nicht zum Erliegen kommt. Das Konjunkturprogramm muss zu einem Wachstumsprogramm werden und den Kommunen die notwendige Planungssicherheit über das Jahr 2020 hinaus verschaffen. Dafür braucht es flankierende Maßnahmen.

Die erheblichen Einnahmerückgänge im Jahr 2020 und in den Folgejahren sind gerade für die Kommunen ein großes Problem. Denn der ohnehin schon große Investitionsrückstand von rund 147 Milliarden Euro wird weiter steigen, da geplante kommunale Investitionen nicht mehr getätigt werden können. Eine Lösung sollte gefunden werden, damit gerade auch finanzschwache Kommunen nicht nur Investitionsmittel, sondern auch Ressourcen für das eigene Personal erhalten.

Bund und Länder müssen schnell die Frage beantworten, was die Kommunen mittelfristig stabilisiert. Der Bund übernimmt zwar für 2020 die Gewerbesteuer ausfälle und will sich dauerhaft stärker an den Kosten der Unterkunft bei der Grundsicherung für Arbeitsuchende beteiligen. Beides ist gut. Doch damit allein lässt sich ein Einbruch der kommunalen Investitionen in den kommenden Jahren nicht verhindern. Nötig sind Zusagen von Bund und Ländern für eine Unterstützung über 2020 hinaus. Zusätzlich ist ein Begleitprogramm für besonders krisengefährdete Kommunen ratsam, damit nicht gerade in den Städten die Investitionen besonders stark wegbrechen, wo sie am nötigsten sind.

Download der Studie: <ftp.zew.de//pub/zew-docs/gutachten/KurzexpertiseStaedtetag2020.pdf>

Prof. Dr. Sebastian Sieglösch, sebastian.sieglösch@zew.de
Prof. Achim Wambach, Ph.D., achim.wambach@zew.de



Schwerpunkt M&A-REPORT

ZEW-ZEPHYR M&A-Index zeigt erstmals Anzeichen von Erholung

Die Anzahl der Fusionen und Übernahmen (Mergers and Acquisitions, M&A) von und mit deutschen Unternehmen stabilisiert sich zunehmend und zeigt nach dem Rückgang der vergangenen Monate erste Anzeichen der Erholung. Im Jahr 2020 fiel der ZEW-ZEPHYR M&A-Index von ZEW und von Bureau van Dijk, der seit 2005 die Anzahl der abgeschlossenen M&A-Transaktionen mit deutscher Beteiligung aufzeichnet, auf den niedrigsten Stand seit Beginn der Erfassung. Seit August diesen Jahres zeigt der Index erste Anzeichen der Erholung.

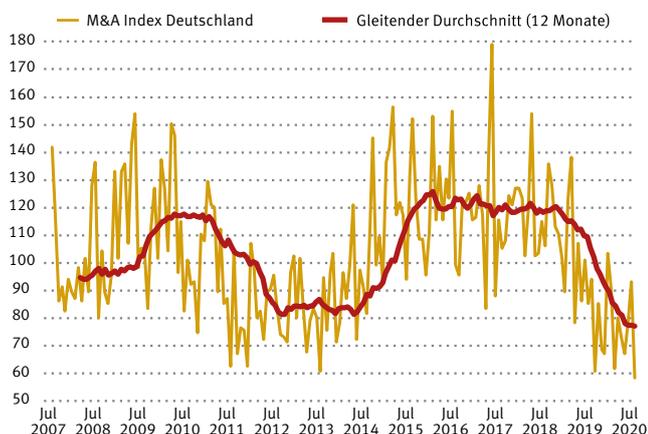
Die Pandemie scheint keine Auswirkungen auf die M&A-Aktivitäten mit deutscher Beteiligung nach sich zu ziehen. Eine mögliche Erklärung hierfür ist, dass Deutschland eine Reihe von Maßnahmen, wie zum Beispiel die Aussetzung der Insolvenzantragspflicht, ergriffen hat, um Unternehmen in der Krise zu unterstützen. Dies könnte wiederum der Grund dafür sein, dass die Übernahme notleidender Unternehmen verzögert wurde.

Einer der größten Deals von und mit deutschen Unternehmen fand im April statt. In dieser Übernahme kaufte die in Deutschland ansässige Infineon Technologies AG das US-Unternehmen Cypress Semiconductor für knapp mehr als 9,2 Milliarden Euro. Durch diese Übernahme, die im Juni 2019 angekündigt wurde, ist Infineon Technologies zu einem der größten Chip-Hersteller für die Anwendung im Auto geworden.

Der zweite große Deal fand mit dem Erwerb des US-amerikanischen Unternehmens Wabco durch ZF Friedrichshafen für 6,3 Milliarden Euro statt. ZF Friedrichshafen, der drittgrößte Automobilzulieferer Deutschlands, hatte die Übernahme des Bremsenherstellers bereits im Frühjahr 2019 angekündigt. Aus der Sicht von ZF Friedrichshafen wurde der Deal zu einem ungünstigen Zeitpunkt abgeschlossen, da das Unternehmen plant, 15.000 Stellen bis zum Jahr 2025 abzubauen.

Ilona Tsanko, ilona.tsanko@zew.de

ZEW-ZEPHYR M&A-INDEX DEUTSCHLAND



Quelle: Zephyr-Datenbank, Bureau van Dijk, Berechnung ZEW

Der **ZEW-ZEPHYR M&A-Index Deutschland** berechnet sich aus der Anzahl der in Deutschland monatlich abgeschlossenen M&A-Transaktionen. In diesem Index werden ausschließlich Fusionen und Übernahmen von und mit deutschen Unternehmen berücksichtigt. Eine Differenzierung nach dem Ursprungsland des Käufers oder Partners findet nicht statt. Das bedeutet, dass sowohl inländische als auch ausländische Käuferunternehmen berücksichtigt werden, während die Zielunternehmen in Deutschland tätig sind.

Der ZEW-ZEPHYR M&A-Index Deutschland wird vom ZEW und von Bureau van Dijk auf Basis der Zephyr-Datenbank erstellt.



BUREAU VAN DIJK
A Moody's Analytics Company

Zephyr liefert tagesaktuelle Detailinformationen zu 1,9 Millionen M&A, IPO und Private-Equity-Transaktionen sowie Gerüchten weltweit.

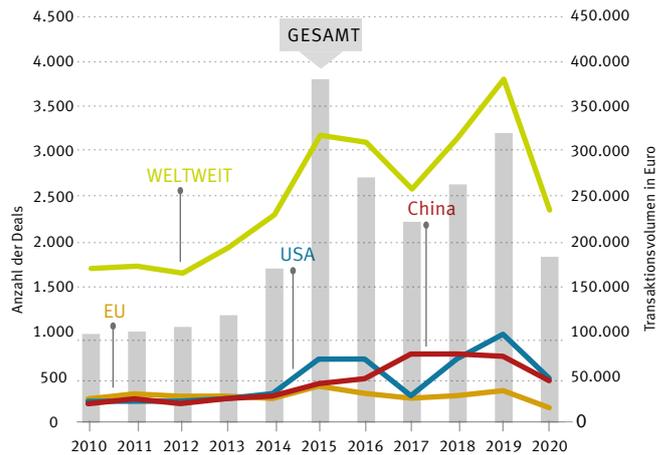
Umbrüche in der Pharmaindustrie führen zu Rekordwerten bei M&A-Aktivitäten

Die Covid-19-Pandemie und der derzeitige Wettlauf um einen Corona-Impfstoff haben das Augenmerk weltweit auf die Pharmaindustrie gelenkt. Die pharmazeutische Industrie könnte dabei in einer guten Position sein, um diese Herausforderung zu meistern. In den vergangenen Jahren haben die M&A-Aktivitäten in der Branche einen regelrechten Boom erlebt. Sie erreichten im Jahr 2019 mit einer Anzahl von knapp mehr als 3.800 Transaktionen einen Rekordwert. Dabei ist nicht nur die Anzahl der M&A-Aktivitäten in der Pharmaindustrie gestiegen, sondern auch der Wert der bekannten Transaktionsvolumina. Im Jahr 2019 betrug der Gesamtwert der bekannten Transaktionsvolumina mehr als 300.000 Millionen Euro.

In der Pharmaindustrie finden derzeit erhebliche Veränderungen statt: Es entstehen neue Technologien wie künstliche Intelligenz und Genmanipulation, die Nachfrage nach Gesundheitsleistungen steigt rasant an, und Regierungen sowie Krankenkassen üben immer mehr Druck auf Pharmaunternehmen aus, den Preis für Medikamente zu senken. Diese Veränderungen könnten den wachsenden Konsolidierungstrend in der Pharmaindustrie erklären.

Es ist kein Zufall, dass US-Unternehmen an der Spitze dieser Entwicklung stehen. In den vergangenen Jahren haben die US-amerikanische Regierung und Krankenkassen Reformen und neue Zahlungssysteme eingeführt, die die Transparenz bei der Preisbildung von Arzneimitteln erhöhen und dadurch einen starken Preisdruck ausüben. Doch auch chinesische Unternehmen holen bei diesem Trend auf. Im Jahr 2017 entfiel der

M&A-AKTIVITÄTEN IN DER PHARMAINDUSTRIE



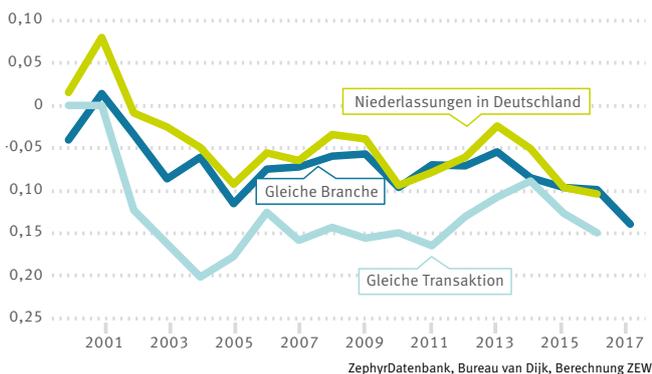
ZephyrDatenbank, Bureau van Dijk, Berechnung ZEW

größte Anteil der M&A-Aktivitäten in der Pharmaindustrie auf chinesische Unternehmen. Im Vergleich zu China und den USA blieben die M&A-Aktivitäten in Europa im vergangenen Jahrzehnt weitgehend unverändert. Es ist jedoch noch unklar, welche Auswirkungen die Covid-19-Krise nach sich ziehen wird, da die Pandemie sowohl Möglichkeiten als auch Risiken für die Branche mit sich bringt.

Ilona Tsanko, ilona.tsanko@zew.de

Wer mehr Preissetzungsmacht bei M&A-Transaktionen hat

ZIELUNTERNEHMEN HABEN MEHR PREISSETZUNGSMACHT (DIFFERENZ KÄUFER-ZIELUNTERNEHMEN)



ZephyrDatenbank, Bureau van Dijk, Berechnung ZEW

In den vergangenen Jahren gab es in Politik und Wissenschaft auf beiden Seiten des Atlantiks und darüber hinaus lebhaft Diskussionen zu Ursachen und Folgen zunehmender Konzentrationstendenzen innerhalb von Sektoren. Die zunehmende Konzentration wirtschaftlicher Aktivitäten führt in der Regel zu höheren Preis-Kosten-Margen in Form von Preisaufschlägen („Price Markups“), wodurch wiederum die Markt- und Preissetzungsmacht einzelner Unternehmen gestärkt wird. Vor diesem Hintergrund rückt dieses Problem in den Fokus der Wettbewerbspolitik, insbesondere mit Blick auf die Debatte, inwiefern eine zu schwache Regulierung seitens Wettbewerbsbehörden zu diesen Entwicklungen beigetragen hat.

Die in der Abbildung dargestellte relative Marktmacht des Käufers und des Übernahmeziels in M&A-Transaktionen (das



heißt, die Differenz der entsprechenden Werte) basiert auf Schätzungen des durchschnittlichen Preisaufschlag der an einem M&A-Deal beteiligten deutschen Unternehmen für den Zeitraum von 2000 bis 2017. Sie gibt Antwort zur grundlegenden Frage: Wer übernimmt eigentlich wen? Die Ergebnisse weisen darauf hin, dass die Preisaufschläge bei Zielunternehmen höher sind. Dies wird durch die negative Differenz der Markups zwischen Käufer und Übernahmeziel in der Abbildung deutlich. Falls es tatsächlich einen Zusammenhang zwischen Preisaufschlägen und der Profitabilität von Unternehmen gibt, so werden Unternehmen für Übernahmen besonders attraktiv, wenn sie hohe Preisaufschläge aufweisen.

Anfang der 2000er-Jahre wird die Differenz zwischen Preisaufschlägen größer, während sich ab 2005 ein stabiles Bild er-

gibt. Bei der Berechnung der Kurven wurde die Größe der Unternehmen konstant gehalten, um der Tatsache Rechnung zu tragen, dass kleinere Firmen in der Stichprobe im Schnitt eine größere Preis-Kosten-Marge aufweisen. Bei isolierter Betrachtung der einzelnen Transaktionen wird der Zusammenhang besonders deutlich. Die hellblaue Kurve stellt die durchschnittlichen Markups innerhalb eines Deals dar. Die beiden anderen Kurven bilden die Anzahl der Transaktionen auf einer aggregierten Ebene ab. Die dunkelblaue Kurve zeigt die Differenz zwischen durchschnittlichen Preisaufschlägen aller Käufer und Übernahmeziele einer Branche, die grüne Kurve bildet eine Stichprobe von Deals ab, bei denen beide Unternehmen in Deutschland niedergelassen sind.

Prof. Dr. Bernhard Ganglmair, ganglmair@zew.de

Bisher keine Anzeichen für einen Anstieg bei Unternehmensübernahmen

Um die Anzahl der Unternehmen einzudämmen, die aufgrund der wirtschaftlichen Auswirkungen der derzeitigen Corona-Pandemie in Konkurs geraten, hat die Regierung das Insolvenzgesetz im März 2020 vorübergehend geändert. Gemäß diesen Änderungen konnten überschuldete Unternehmen die Insolvenzantragspflicht in den ersten drei Quartalen des Jahres 2020 aussetzen. Diese Initiative, die einige Ökonomen/-innen kritisiert hatten, wurde von den wirtschaftlichen Sektoren im Allgemeinen begrüßt, und die Anzahl der Insolvenzen deutscher Unternehmen ist in der ersten Hälfte des Jahres 2020 stark gesunken (minus 6,2 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum).

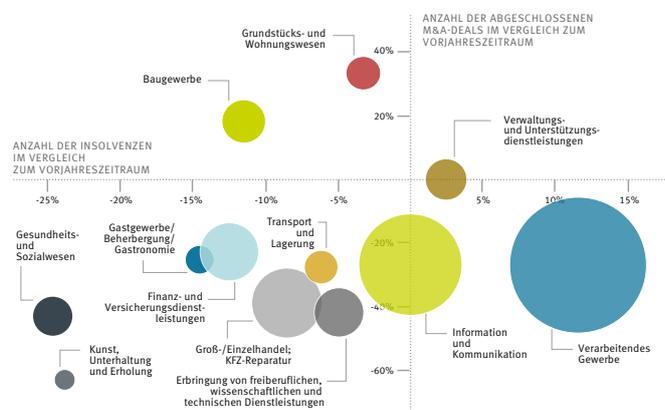
Geraten Unternehmen in eine finanzielle Notlage, so können sie entweder ihre Vermögenswerte veräußern, um ihre finanzielle Situation vorübergehend zu verbessern, oder im Rahmen von Konkursverfahren an Fusionen und Übernahmen teilnehmen. Letztere Möglichkeit könnte ein Grund dafür sein, dass die M&A-Aktivitäten nach der globalen Finanzkrise der Jahre 2007/2008 gestiegen sind. Dies wird im Allgemeinen auch in den Daten zu Unternehmensinsolvenzen widerspiegelt.

Vor diesem Hintergrund können die Anzahl von Insolvenzen und M&A-Aktivitäten aufgeschlüsselt nach Industriezweig und im Vergleich zum Vorjahreszeitraum analysiert werden (siehe Abbildung).

In der ersten Hälfte des Jahres 2020 ist die Anzahl der M&A-Deals und Insolvenzen in den meisten Sektoren gesunken. Auffallend ist hierbei der anhaltende Anstieg der M&A-Aktivitäten im Baugewerbe und im Immobiliensektor.

Die steigende Anzahl der Insolvenzen im verarbeitenden Gewerbe ging bisher nicht mit einem Anstieg der M&A-Aktivitäten einher. Die dargestellten Daten deuten auf eine gewisse Korrelation zwischen den beiden Datensätzen hin. Es kann jedoch nicht auf eine kausale Beziehung geschlossen werden.

ANZAHL DER INSOLVENZEN UND M&A-TRANSAKTIONEN IM VERGLEICH ZUM VORJAHRESZEITRAUM (H1 2020 IM VERGLEICH ZU H1 2019)



Die prozentualen Veränderungen der Anzahl der abgeschlossenen M&A-Transaktionen und Insolvenzen in ausgewählten Sektoren werden im Vergleich zu den Entwicklungen im Vorjahreszeitraum dargestellt (H1 2020 im Vergleich zu H1 2019). M&A-Transaktionen mit der Beteiligung von deutschen Unternehmen als Übernahmeziel. Die Größe der Kreise weisen auf die Anzahl der M&A-Transaktionen im ersten Quartal von 2020.

Zephyr-Datenbank, DESTATIS

Finanzexperten/-innen zufolge könnten eine höhere Unsicherheit und gesamtwirtschaftliche Herausforderungen der Grund dafür sein, dass die Anzahl der abgeschlossenen Transaktionen zurückgegangen ist. Es liegt zudem nahe, dass internationale Deals durch die Einreisebeschränkungen erschwert wurden. Trotz dieser Umstände wächst die Bereitschaft für M&A-Deals deutlich, sodass die Anzahl der Deals im Jahr 2021 wieder steigen könnte – insbesondere sobald die Aufhebung der Insolvenzantragspflicht ausgelaufen ist.

Hannes Marks, hannes.marks@zew.de



Wenn die Schulen geschlossen sind, wächst die Bedeutung der sozialen Herkunft für den Lernerfolg der Kinder.

Foto: ©Istockphoto.com/eclipse_images

Schulschließungen gefährden den Gleichheitsanspruch der Bildungspolitik

Schulschließungen sollen in Zeiten von COVID-19 das Infektionsgeschehen reduzieren. Aber sie verstärken herkunftsbedingte Ungleichheiten. Das gilt vor allem in den ersten beiden Klassenstufen der Grundschule, wie eine Kurzexpertise des ZEW Mannheim zeigt. Diese Ungleichheiten betreffen nicht nur die fachlichen Kompetenzen, sondern auch die Ausdauer und die Konzentrationsfähigkeit. Damit gefährden Schulschließungen ohne ein geeignetes Konzept für das Lernen von zu Hause den Gleichheitsanspruch der Bildungspolitik. Als Konsequenz fordern ZEW-Forscher die Weiterentwicklung digitaler Lernformate, um auch während der Schulschließungen alle Kinder zu erreichen.

Kinder aus sozioökonomisch verschiedenen Elternhäusern unterscheiden sich teilweise beträchtlich in ihren schulischen Leistungen. Um Defizite auszugleichen, bräuchten die am stärksten benachteiligten 25 Prozent der Schülerinnen und Schüler im Mittel etwa ein zusätzliches Schuljahr. Die Ungleichheiten je nach Familienumgebung sind also schon bei der Einschulung groß. Denn Erstklässlerinnen und Erstklässler, deren Eltern Abitur und eventuell einen Hochschulabschluss haben oder die einen prestigeträchtigen Beruf ausüben, erzielen in Tests wesentlich bessere Ergebnisse. Die Einschätzung ihrer Leistungen durch Lehrerinnen und Lehrer fällt ebenfalls positiver aus.

In der Schule lernen alle Kinder gleich gut

Präsenzunterricht an der Schule gleicht die Wirkung von sozialen Unterschieden im Familienumfeld teilweise aus. Vor den Corona-bedingten Schulschließungen erzielten Grundschülerinnen und Grundschüler im Laufe eines Monats ähnlich gute Lernfortschritte – unabhängig von ihrem familiären Umfeld. Schulschließungen bewirken dagegen, dass die Herkunft der Schülerinnen und Schüler einen stärkeren Einfluss auf ihre Leistungen bekommt. Diese Ergebnisse lassen sich zwar nicht ohne weiteres auf einen längeren Zeitraum hochrechnen. Die Analyse verdeutlicht aber, dass die Lernzuwächse im Präsenzunterricht eher unabhängig vom Familienhintergrund sind. Da alle Schülerinnen und Schüler ein vergleichbares Lernumfeld vorfinden, können

sie in der Schulzeit etwa gleich viel dazu lernen. Zeiten, in denen die Schulen geschlossen sind, verstärken daher Ungleichheit, insbesondere in den ersten Grundschuljahren.

Ein weiteres Indiz für die Auswirkung von Schulschließungen liefern die Sommerferien. Die ZEW-Kurzexpertise zeigt, dass der Lernzuwachs von der ersten zur zweiten Klasse je nach Herkunft der Schülerinnen und Schüler variiert. Kinder von Erziehungsberechtigten mit geringerer Bildung und Berufsprestige fallen bei den schulischen Lernergebnissen nach den Sommerferien wieder zurück.

Potenzial von Smartphones nutzen

Ein noch ungenutztes Potenzial für den Unterricht während Schulschließungen liegt in der hohen Verbreitung von digitalen Geräten. Mehr als 90 Prozent aller Sechstklässlerinnen und Sechstklässler besitzt nach Angabe ihrer Erziehungsberechtigten ein eigenes Handy. Dieses Potenzial sollte verstärkt für eine Professionalisierung des Lernens zu Hause genutzt werden, um dem Gleichheitsanspruch auch außerhalb des Lernortes Schule gerecht zu werden. Der Aufwand für die öffentliche Hand, diejenigen Kinder ohne Handy entsprechend auszustatten, sollte sich dabei in einem vertretbaren Rahmen halten.

Wir plädieren daher dafür, Lernformate zu erarbeiten, die Lernergebnisse auch in Zeiten von Schulschließungen unabhängig vom Familienhintergrund machen. Dazu gehören digitale Interaktionsmöglichkeiten auch außerhalb des Unterrichts an Schulen. Ein erprobtes Beispiel stellen etwa Mentoring-Programme dar, bei denen Schülerinnen und Schüler mit Lerndefiziten von Studierenden beim Lernen begleitet werden. Wir empfehlen der Politik, die Pandemie zum Anlass zu nehmen, um Schulunterricht in die digitale Gegenwart zu holen und neu zu strukturieren. Nur so kann der Staat den Anspruch einlösen, allen Kindern möglichst vergleichbare Lernumwelten bereitzustellen.

Die Studie zum Download:

www.zew.de/PU81930

Dr. Guido Neidhöfer, guido.neidhoefer@zew.de
Maximilian Bach, maximilian.bach@zew.de

Nachgefragt: Wie erfolgreich ist die deutsche Corona-Warn-App gestartet?

„Fast jede andere weit verbreitete App sammelt sensiblere Nutzerdaten“

Laut Angaben des Robert-Koch-Instituts wurde die deutsche Corona-Warn-App etwas mehr als 18 Millionen Mal heruntergeladen. Angesichts steigender Infektionszahlen besteht die Hoffnung, dass die App in der nun anbrechenden kalten Jahreszeit die Nachverfolgung von Infektionsketten vereinfachen und damit zur Eindämmung von COVID-19-Ausbrüchen beitragen wird. Im Interview spricht Dr. Dominik Rehse, Leiter der Nachwuchsforschungsgruppe „Design digitaler Märkte“ darüber, wie die App bisher angelaufen ist und was es braucht, um sie wirksam zum Infektionsschutz einzusetzen.

Wie kann eine App Leben retten?

Die Corona-Warn-App soll die Nachverfolgung von Infektionswegen beschleunigen. Werden Nutzer positiv auf SARS-CoV-2 getestet, so können sie dies in der App vermerken. Am Folgetag werden dann andere App-Nutzer, die in den vergangenen zwei Wochen über längere Zeit in gefährlicher Nähe zu diesen Infizierten waren, über einen sogenannten „Risikokontakt“ informiert. Verantwortungsbewusste Nutzer sollten sich daraufhin selber isolieren und auf eine Infektion testen lassen. So können Infektionsketten unterbrochen und möglicherweise auch Leben gerettet werden.

Ist die deutsche Corona-Warn-App ein Erfolg?

Leider startete die App erst Mitte Juni und damit zu spät, um bei der Bewältigung der ersten Infektionswelle eine Rolle zu spielen. Eine größere Bedeutung könnte sie bei einem Anstieg der Infektionstätigkeit in Herbst und Winter haben. Entscheidend wird in jedem Fall eine weite Verbreitung sein. Die Zahl an Installationen der App stieg anfänglich zwar schnell, hat sich seither jedoch stark verlangsamt. Darüber hinaus kann man jedoch nicht viel über den Erfolg sagen.

Warum ist das so schwierig?

Die App wurde nahezu ausschließlich darauf ausgerichtet, dass sie Datenschutzbedenken Rechnung trägt. Das hat leider negative Konsequenzen für die Erfolgsmessung. So lässt sich beispielsweise nicht präzise bestimmen, wie viele Nutzer eine Infektion in der App auch tatsächlich vermerkt haben und wie viele Risikokontakte sich daraufhin testen ließen. Es ist auch nicht überprüfbar, wie zuverlässig die Einstufung als Risikokontakt ist. Letzteres ist besonders bedauerlich, da die für die Distanzmessung eingesetzte Bluetooth-Technik nicht für diesen Zweck entwickelt wurde und die Verlässlichkeit daher nur unter Laborbedingungen getestet werden konnte. Nachbesserungen sind aufgrund der fehlenden Daten aus der alltäglichen Verwendung der App nur begrenzt möglich.

Wie kam es dazu?

Die öffentliche Debatte zur Entwicklung und zum Start der Corona-Warn-App wurde von Datenschutzaspekten dominiert.

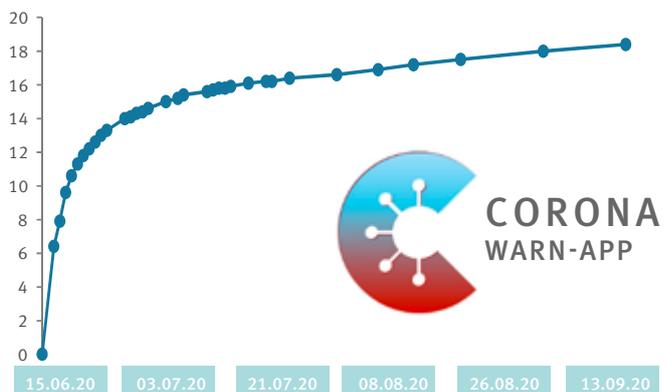
Beteiligte politische Entscheidungsträger wurden augenscheinlich davon bei der Funktionsgestaltung der App geleitet. Das Ergebnis ist eine App, die gesetzliche Datenschutzanforderungen wesentlich übertreffen dürfte. Fast jede andere weit verbreitete App sammelt sensiblere Nutzerdaten, und das meist im Einklang mit den geltenden Datenschutzbestimmungen. Neben Datenschutzaspekten scheinen kaum andere Erwägungen Eingang in die Ausgestaltung der App gefunden zu haben. Dazu hätte zum Beispiel die erfolgreiche Einbindung der Gesundheitsämter gezählt, die ja eigentlich für die Kontaktnachverfolgung und die Unterbrechung von Infektionsketten zuständig sind und ohnehin über jeden positiven Test informiert werden.

Wie kann es gelingen, dass mehr Menschen die App nutzen?

Bisher beschränkte sich die Verbreitungsstrategie auf Werbung über klassische Kanäle und durch meinungsprägende Organisationen wie Fußballverbände. Die rückläufige Zahl der Neuinstallationen zeigt jedoch, dass diese Strategie Grenzen hat. Eine sinnvolle Ergänzung könnte zum Beispiel sein, wenn die Corona-Warn-App bei neuen Mobiltelefonen automatisch installiert wäre oder wenn es konkrete Vorteile für die Anwerbung weiterer Nutzer gäbe. Persönliche Vorteile sollten natürlich nicht den Gemeinwohl verdrängen. Wenn die App jedoch eine wirklich weite Verbreitung finden soll, dann werden ergänzende Ansätze systematisch getestet werden müssen. Weiterhin sollte auch die Einführung digitaler Schlüsselanhänger in Betracht gezogen werden, die ausschließlich die Corona-Warn-App installiert haben. Diese könnten Bürgern bereitgestellt werden, die kein zeitgemäßes Handy haben und die App ansonsten nicht nutzen könnten.

Dr. Dominik Rehse, dominik.rehse@zew.de

ANZAHL INSTALLATIONEN IN MILLIONEN



Workshop behandelt Integration und Einstellungen zu Migrationsthemen

Wie gestaltet sich die Integration von Geflüchteten in die Länder, die sie aufnehmen? Und welche Rückwirkungen hat ihre Aufnahme und Integration auf die Einstellungen zu Migrationsthemen in diesen Ländern? Diese und weitere Fragen diskutierten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer am 22. und 23. September 2020 beim internationalen Workshop „Immigration, Integration and Attitudes“ am ZEW Mannheim.

Der Workshop wurde von der ZEW-Nachwuchsforschungsgruppe „Integration von Migranten/-innen und Einstellungen zum Sozialstaat“ (IMES) in enger Kooperation mit dem Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES) der Universität Mannheim organisiert und vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) im Rahmen seines Fördernetzwerkes Interdisziplinäre Sozialpolitikforschung (FIS) unterstützt. Seit Beginn der Corona-Pandemie war dies der erste ZEW-Workshop im hybriden Format.

In der ersten Keynote berichtete Thomas Bauer, Vizepräsident des RWI Essen und Professor für empirische Wirtschaftsforschung an der Ruhr-Universität Bochum, aus der Zeit seit der sogenannten Flüchtlingskrise, in der er dem Sachverständigenrat für Integration und Migration vorstand.



Der internationale Workshop „Immigration, Integration and Attitudes“ fand vor Ort am ZEW Mannheim und gleichzeitig als Video-Konferenz statt. Foto: ZEW

Dominik Hangartner, Professor für Politikanalyse und Co-Direktor des Immigration Policy Lab an der ETH Zürich, erläuterte in der zweiten Keynote, wie der Erhalt der Staatsbürgerschaft die Integration von Zugewanderten beschleunigt und welche konkreten Handlungsoptionen die Politik dabei hat.

Weiterhin wurden bei dem Workshop 16 wissenschaftliche Beiträge aus den Fächern Volkswirtschaftslehre, Soziologie und Politikwissenschaft vorgestellt.

Der grüne Strukturwandel ist unaufhaltbar – Europäischer Abend am ZEW

Mit einem exklusiven Festakt zelebrierte das ZEW die langjährigen Erfolge und den kommenden Abschluss des Forschungsprogramms SEEK. Beim „Europäischen Abend“ waren neben ZEW-Präsident Prof. Achim Wambach, Ph. D. die Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst in Baden-Württemberg, The-



Beim Europäischen Abend diskutierte ZEW-Präsident Achim Wambach (l.) mit Wissenschaftsministerin Theresia Bauer, Umweltökonom Ottmar Edenhofer, Moderator Johannes Pennekamp und dem ehemaligen EU-Kommissar Günther Oettinger über grünes Wachstum in Europa. Foto: ZEW

resia Bauer, der Direktor und Chefökonom des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung, Prof. Dr. Ottmar Edenhofer, und der ehemalige EU-Kommissar Günther H. Oettinger zu Gast. Unter dem Motto „Green Deal für Europa – Grüne Transformation nach Corona?“ erörterten Wambach und seine Gäste bei einer Podiumsdiskussion Fragen und Probleme der Wirtschaft vor dem Hintergrund des Klimawandels. Fazit: Den Strukturwandel könne man nicht aufhalten, sondern nur angemessen begleiten.

Das SEEK-Forschungsprogramm („Strengthening Efficiency and Competitiveness in the European Knowledge Economies“) wurde 2010 gemeinsam von der baden-württembergischen Landesregierung und dem ZEW Mannheim ins Leben gerufen mit dem Ziel, Politik, Verwaltung und Wirtschaft unabhängige, wissenschaftlich fundierte Handlungsempfehlungen an die Hand zu geben. Mit Erfolg: Durch überzeugenden wissenschaftlichen Output und ein hervorragendes Netzwerk ist das ZEW dank SEEK mittlerweile ein großer Player in Europa.

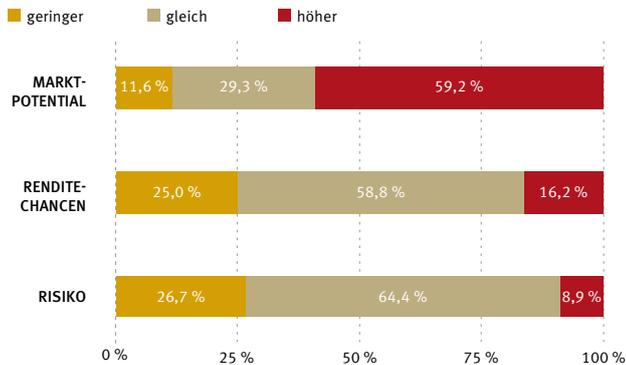
ZEW-Kommunikationschef Gunter Grittmann verabschiedet

Am 25. September 2020 hat das ZEW Mannheim seinen langjährigen Presseleiter Gunter Grittmann feierlich in den Ruhestand verabschiedet. Seit 1997 prägte er die Kommunikation des Instituts und initiierte unzählige neue Formate. Unter seiner Leitung wurden die Pressearbeit und Online-Kommunikation des Instituts ausgebaut und erfolgreich modernisiert. Stets auf die Bedürfnisse der Medien und des Publikums bedacht profes-

sionalisierte Grittmann die ZEW-Kommunikation und formte sie mit seiner Kompetenz, Erfahrung und Integrität. So würdigt ZEW-Geschäftsführer Thomas Kohl seine Leistungen: „Wir sind Gunter Grittmann dankbar für seine herausragenden Verdienste und seine große Lebensleistung. Mit Wehmut verabschieden wir ihn. Eine Ära am ZEW geht zu Ende. Wir haben viel von ihm gelernt und wünschen ihm für seine Zukunft nur das Beste.“

Nachhaltige Kapitalanlagen gewinnen für Finanzmarktexperten/-innen an Bedeutung

VERGLEICH ESG-PRODUKTE ZU KONVENTIONELLEN ANLAGEFORMEN



(Angaben in Prozent der Gesamtzahl der Antworten)

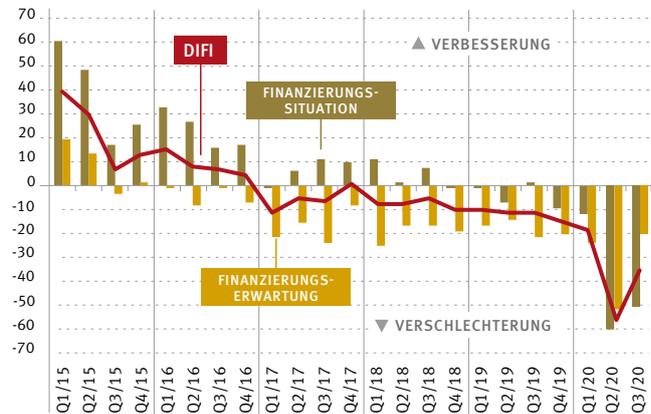
Viele Finanzmarktexpertinnen und Finanzmarktexperten sehen in nachhaltigen Kapitalanlagen ein großes Marktpotenzial. Quelle: ZEW

Nachhaltige Kapitalanlagen (ESG-Anlageprodukte) stehen bei Finanzmarktexperten/-innen hoch im Kurs. Zu diesem Ergebnis kommt eine Sonderfrage im aktuellen ZEW-Finanzmarkttest, an dem sich rund 150 Finanzmarktexpertinnen und Finanzmarktexperten beteiligt haben. Rund 59 Prozent sehen für ESG-Anlageprodukte ein größeres Marktpotenzial als für konventionelle Anlagen, 29,3 Prozent gehen von einem gleich guten Potenzial aus. Die Finanzanalysten/-innen bewerten das Risiko von nachhaltigen Kapitalanlagen etwas geringer als bei konventionellen Anlagen. Damit gehen jedoch auch leichte Abstriche bei der Rendite einher. Für zwei Drittel der Befragten gehören ESG-Anlageprodukte aber in ihr eigenes Portfolio, wenn auch nur zu einem Anteil von unter 50 Prozent. Nachholbedarf gibt es bei ESG-Papieren allerdings bei sozialen und ökologischen Aspekten. Das ZEW Mannheim hat die Umfrage im September 2020 durchgeführt.

Dr. Michael Schröder, michael.schroeder@zew.de

Ist das Schlimmste überwunden? DIFI profitiert von verbesserten Erwartungen

SALDO IN PROZENTPUNKTEN



Mittelwert aus Lage- und Erwartungseinschätzung für die fünf Immobilienmarktsegmente (Büro, Einzelhandel, Logistik, Wohnen, Hotel). Quelle: JLL und ZEW

Der Deutsche Immobilienfinanzierungsindex (DIFI) vom ZEW Mannheim und JLL klettert wieder nach oben, bleibt aber nach wie vor mit minus 36 Punkten im negativen Bereich. Nach einem leichten Rückgang des Stimmungsindikators Anfang des Jahres und einem Absturz im zweiten Quartal um 37,8 Punkte auf einen Indexstand von minus 56,7 Punkten hat sich der DIFI nun im dritten Quartal gegenüber dem Vorquartal um mehr als 20 Punkte verbessert. Aktuell verharrt er ein weiteres Mal unter den seit Beginn der Umfrage 2011 registrierten Indexwerten. Die Antworten der befragten Experten/-innen resultieren sowohl für die Finanzierungssituation (Lageeinschätzung der vergangenen sechs Monate) als auch bei der Finanzierungserwartung für das kommende Halbjahr in einer angenommenen Verbesserung fast aller Teilsalden für die einzelnen Nutzungsarten. Im Quartal zuvor schlugen noch deutliche Verschlechterungen für alle zu Buche.

Dr. Carolin Schmidt, carolin.schmidt@zew.de



Achter Wissenschaftspreis

Die Volksbank Weinheim Stiftung und das ZEW Mannheim vergeben zum achten Mal den Wissenschaftspreis „Zukunft der Arbeitswelt“. Mit der Auszeichnung fördern sie den wirtschaftswissenschaftlichen Nachwuchs in der Metropolregion Rhein-Neckar. Prämiiert werden die beste Dissertation, dotiert mit einem Preisgeld in Höhe von 3.000 Euro, und die beste studentische Masterarbeit, dotiert mit 2.000 Euro. Beide Preise sind mit der Möglichkeit zu einem Forschungsaufenthalt am ZEW verbunden. Einreichungsfrist ist der 31. Oktober 2020.

Mehr Informationen unter: www.zew.de/AM7300

#ZEWBookTalk lädt Autoren ans ZEW

Das ZEW lädt mit „#ZEWBookTalk“ führende Ökonomen aus dem In- und Ausland ein, ihre aktuellen Buchpublikationen vorzustellen. Zum Auftakt der Reihe wird ifo-Präsident Prof. Dr. Dr. h.c. Clemens Fuest am 26. Oktober 2020 seine Gedanken zu den Auswirkungen der Corona-Pandemie, niedergeschrieben in seinem neuen Buch „Wie wir unsere Wirtschaft retten“, schildern. In diesem grundlegenden Buch, das Wirtschafts- und Gesundheitspolitik konsequent zusammendenkt, weist Clemens Fuest einen Weg aus der Krise.

Mehr Informationen unter: www.zew.de/VA3284



Foto: ZEW

Klimaziele: Auf das Wie kommt es an

Fast zeitgleich haben EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen ihren European Green Deal und Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier seine Pläne zu einer „Charta für Klimaneutralität und Wirtschaftskraft“ vorgestellt. Im Mittelpunkt beider Konzepte stehen verschärfte CO₂-Einsparziele. Doch ob die europäische und deutsche Klimaschutzpolitik erfolgreich sein wird, wird sich nicht allein am Erreichen der Klimaziele zeigen.

In ihrer Rede zur Lage der Europäischen Union hat von der Leyen viel Gewicht auf die Bewältigung der Klimakrise gelegt. Der Green Deal sieht unter anderem vor, dass Europa bis 2050 der erste klimaneutrale Kontinent wird. Wenige Tage zuvor hatte Altmaier seinen Vorschlag für eine Allianz von Gesellschaft, Wirtschaft und Staat für Klimaneutralität und Wohlstand vorgestellt. Sein 20-Punkte-Programm umfasst jährliche Minderungsziele sowie die Klimaneutralität öffentlicher Einrichtungen bis 2035.

Die Politik in Europa will handeln, die Ansprüche sind ambitioniert und die Verhandlungen mit den gesetzgebenden Institutionen können nun beginnen. Bei allem Enthusiasmus sollten die Entscheiderinnen und Entscheider jedoch das Hauptziel nicht aus den Augen verlieren. Das Zwei-Grad-Ziel kann nur dann erreicht werden, wenn ein weltweiter Rückgang der Emissionen gelingt. Die EU ist allerdings lediglich für etwa zehn Prozent der globalen Emissionen verantwortlich, Deutschland für etwa zwei Prozent. Europa kann dennoch einiges zum Erreichen des Zwei-Grad-Ziels beitragen. Ein Erreichen der EU-Klimaziele – komme, was wolle – hilft dabei weniger, ein smarter Weg zum Erreichen der Klimaziele hingegen mehr.

Den größten Ausstoß von CO₂ – sowohl in der Produktion als auch beim Konsum – hat China vorzuweisen, etwa doppelt so viel wie Europa. Vor 2030 sei eher kein Rückgang absehbar, ist von Chinas Präsident Xi Jinping zu vernehmen. Ebenso ist von Indien in den nächsten Jahrzehnten viel zu erwarten – wirtschaftlich, aber auch an Treibhausgasemissionen. Damit diese und andere Länder ambitionierten Klimaschutz betreiben, muss dieser zwingend bezahlbar werden.

Wie lassen sich Emissionen effizient einsparen? Welche neuen Klimaschutz-Technologien können entwickelt werden? Wie können diese anschließend weltweit schnell zur Verfügung stehen? Europa und Deutschland können hierzu wesentlich beitragen: Die deutsche Chemieindustrie, der Maschinenbau und der Automobilsektor nehmen eine Spitzenstellung in der Welt ein. Ihre Technologien können auch bei der Dekarbonisierung Standards setzen, aber nur, wenn sie wettbewerbsfähig bleiben. Wenn als Konsequenz der EU-Klimapolitik Unternehmen außerhalb Europas, die mehr verschmutzen, an Marktanteilen gewinnen, ist keinem geholfen. Den europäischen Unternehmen und deren Mitarbeitern nicht, und dem Klima auch nicht. Auch der Anreiz anderer Länder, dem europäischen Weg zu folgen, würde Schaden nehmen. Neben den technischen sind auch organisatorische Innovationen notwendig: Wie etwa kann ein Emissionshandel organisiert werden, der alle Sektoren einschließt? Wie bekommt man Staaten, die unterschiedliche Interessen verfolgen, dazu, gemeinsam zu handeln? Auch hier sollte Europa als Vorbild vorangehen. Natürlich muss Europa dabei mehr CO₂-Emissionen einsparen, doch auf das Wie wird es ankommen.

Die europäische Klimapolitik sollte daher konsequent die Effizienz von Maßnahmen sowie technische und organisatorische Innovationen in den Blick nehmen. Der „Klima- und Wirtschaftspakt“ von Bundeswirtschaftsminister Altmaier mit seinen Überlegungen „zur Erreichung der Klimaziele und zur Erhaltung der Wirtschaftskraft“ geht in die richtige Richtung. Doch die Umsetzung wird entscheidend sein. Sind die verschiedenen Wirtschaftssektoren annähernd gleich belastet oder gibt es Verzerrungen? Wie lässt sich Technologieoffenheit durchsetzen? Welche Emissionen werden nur verlagert statt vermieden? Ein effizientes Vorgehen, das im Ausland „kopierfähig“ ist, wird der Maßstab sein, an dem die europäische und deutsche Klimapolitik zu messen ist.

ZEW-Präsident Prof. Achim Wambach, Ph.D.

Dieser Beitrag erschien zuerst am 12. Oktober 2020 im „Handelsblatt“.

ZEW

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH Mannheim

L 7, 1 · 68161 Mannheim · www.zew.de

Präsident: Prof. Achim Wambach, Ph.D. · Geschäftsführer: Thomas Kohl

Redaktion: Dominic Egger, Telefon +49 621 1235-103 · dominic.egger@zew.de

Sabine Elbert · Telefon +49 621 1235-133 · sabine.elbert@zew.de

Carola Hesch, Telefon +49 621 1235-128 · carola.hesch@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars

© ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH Mannheim, 2020